



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Algerien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Oktober 2008
Zusammengestellt von: Marc von Boemcken

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Zusammenfassung	3
2.	Grunddaten zum militärischen Sektor	6
2.1.	Deutsche Rüstungsexporte durch Algerien	
2.2.	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	
2.3	Lokale Rüstungsindustrie	
2.4	Streitkräftestruktur	
2.5	Bewaffnung der Streitkräfte	
2.6.	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft	
3.	EU-Verhaltenskodex	16
3.1.	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien	
3.2.	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	
3.3.	Innere Lage im Empfängerland	
3.4.	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	
3.5.	Bedrohung von Alliierten	
3.6.	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	
3.7.	Unerlaubte Wiederausfuhr	
3.8.	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	

1. ZUSAMMENFASSUNG

Rüstung und Militär

Algerien verfügt über eine vergleichsweise große und gut ausgerüstete Armee. Stammen die schweren Waffensysteme ursprünglich fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion, beliefern inzwischen auch zunehmend westliche Staaten Algerien mit Rüstungsgütern. So haben seit den Anschlägen des 11. September 2001 vor allem die Vereinigten Staaten ihre Bedenken bezüglich der miserablen Menschenrechtssituation im Land zurückgesteckt und unterstützen die algerischen Streitkräfte verstärkt mit Ausrüstung für den Anti-Terror Kampf gegen islamistische Rebellengruppen.

Laut Weltbank betragen die gesamten algerischen Rüstungsimporte im Jahr 2004 282 Millionen USD. Auch die Bundesrepublik Deutschland lieferte in den letzten Jahren nicht-tödliche Militärausrüstung nach Algerien. Im internationalen Vergleich ist die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen allerdings eher gering. Wichtigster Rüstungslieferant Algeriens bleibt nach wie vor Russland.

Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können, ist Algerien auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden können.

Die algerische Armee ist die am Besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen auch eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika ist nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates. Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2004 wurde Bouteflika mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft und Menschenrechte

Algerien ist den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Obwohl Menschenrechtsverletzungen mit dem Rückgang der Kampfhandlungen im Inland abgenommen haben, bestehen einige gravierende Probleme jedoch fort. Den Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen zufolge werden willkürliche Festnahmen, schlechte Haftbedingungen, Folter, unverhältnismäßige Gewaltanwendung und außergerichtliche Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte weiterhin aus Algerien vermeldet. *Amnesty International* berichtet darüber hinaus von einigen Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Ein großes Problem ist auch die Aufklärung des Schicksals der während des Bürgerkriegs verschwundenen Personen, die vom Staat zum Teil behindert wird.

Innere Lage

Seit mehr als zehn Jahren herrscht in Algerien ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalisten. Auslöser war die Verhinderung eines Wahlsieges für die

Islamistenpartei *Front Islamique du Salut* (FIS) durch das Militär in den frühen 1990er Jahren. Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich manchmal über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilisten, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die islamistischen Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfnag des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfern nur noch etwa 700 aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben immer noch ca. 1.900 Menschen gewaltsam zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilisten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später, als eine Gruppe von ausländischen Touristen im Februar und März 2003 von einer islamistischen Gruppe entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebellen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. Während die Zahl der Todesopfer im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich immer weiter abnimmt, hatte das algerische Militär im Sommer 2004 noch etwa 10.000 Soldaten im östlichen Algerien im Einsatz, um nach versprengten Überresten der Islamistengruppen zu suchen. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer unter ihren Bedingungen die Waffen niedergelegt.

Mehr als 10 Jahre Bürgerkrieg in Algerien haben neben den regulären Streitkräften einen ausgesprochen starken paramilitärischen Sicherheitsapparat geschaffen. Vor allem die Bewaffnung von bis zu 500.000 in kommunalen Milizen organisierter „Patrioten“ zur eigenständigen Bekämpfung der Islamisten hat im Laufe der 1990er Jahre nicht nur zu einer zunehmenden Militarisierung der algerischen Gesellschaft beigetragen, sondern gleichzeitig auch das staatliche Gewaltmonopol in nicht geringem Maße geschwächt. Nachdem sich der Bürgerkrieg 2003 seinem Ende näherte, hat Algerien jedoch damit angefangen, die Milizen wieder aufzulösen und zu entwaffnen. Die damit einhergehende Schaffung mehrerer hunderttausend Arbeitsloser wird allerdings den sich zuspitzenden sozialen Konflikt in Algerien vermutlich noch weiter verschärfen.

Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen schwillt der zweite innere Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Berber vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei, zuletzt im Februar 2007, läßt auf Existenz einer bewaffneten Berbergruppierung in der Region schließen.

Die Unzufriedenheit der Berber mit der korrupten staatlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik droht sich auf die gesamte algerische Gesellschaft auszuweiten. Dies wurde besonders während der öffentlichen Proteste im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im April 2004 deutlich. Die Arbeitslosigkeit beträgt landesweit ca. 25 Prozent. Es fehlen 2 Millionen Wohnungen. Der Journalist Lakhdar Benchiba sieht hier eine „soziale Zeitbombe, die jederzeit hochgehen kann.“ Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2004 gebessert. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

Lage in der Region

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft.

Trotz seiner geographischen Entfernung identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Internationaler Terrorismus

1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das *International Military Education and Training Program* (IMET) des Pentagon auf – wohl nicht zuletzt, um das Land von seiner bis dahin engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Obwohl die algerische Regierung auf Druck der Öffentlichkeit 1990/91 den amerikanischen Waffengang gegen das vom Irak besetzte Kuwait heftig kritisierte, nahmen die Beziehungen beider Staaten keinen ernsthaften Schaden. Ein Grund hierfür ist auch der Militärputsch von 1992: Der von den algerischen Militärs fortan proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente, wie der Politikwissenschaftler Werner Ruf schreibt, „nicht nur alte Klischees und anti-islamische Vorurteile in Europa und den Vereinigten Staaten, er verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen.“ Alleine zwischen 1998 und 2000 investierten amerikanische Firmen rund vier Milliarden US-Dollar in Algerien.

Es ist also kaum überraschend, dass die amerikanisch-algerischen Beziehungen nach den Anschlägen des 11. September 2001 einen gewaltigen Aufschwung erlebten. Insbesondere das durch Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkrieg stark angeschlagene Ansehen des algerischen Militärs wurde erheblich aufgewertet. Als im Oktober 2003 Informationen über eine angebliche Allianz zwischen der GSPC und Al Kaida bekannt wurden, bekräftigten die Vereinigten Staaten sowie einige europäischen Länder öffentlich ihre Unterstützung für die algerische Strategie der „Terrorismusbekämpfung“. Dadurch ebneten sie nicht nur den Weg für eine Zunahme der Waffenlieferungen nach Algerien, sondern auch für eine verstärkte militärische Zusammenarbeit. Bereits im Januar 2002 führten die Vereinigten Staaten und Algerien gemeinsame Manöver durch und bildeten eine bilaterale Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung mutmaßlicher islamischer Terroristen. Während gleichzeitig die Ausbildung algerischer Offiziere in US-Stützpunkten intensiviert wurde, sah das Budget des Pentagon 2003 zusätzliche 700.000 Dollar vor, um das IMET-Programm auszuweiten.

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terroristen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen GSPC. Eventuelle Ankündigungen der US-Armee, in Algerien einen festen amerikanischen Militärstützpunkt zu errichten, um bei der Ausbildung des algerischen Militärs zu helfen, wurden von Algerien zuletzt im Februar 2007 zurückgewiesen.

2. GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

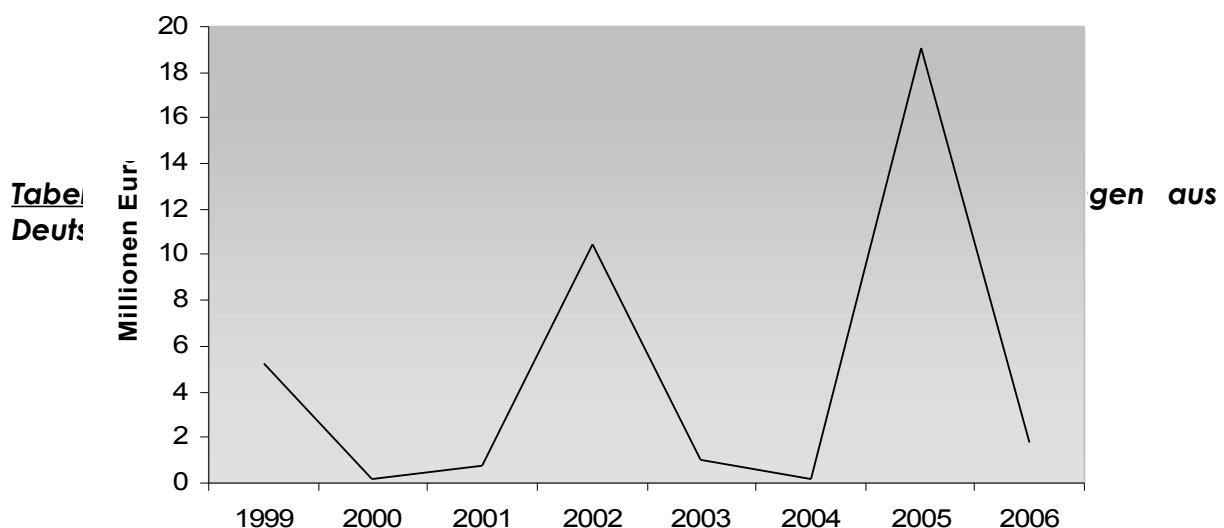
2.1. Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2006

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen DM/Euro
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%;	10,3 Millionen DM
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%;	0,4 Millionen DM
2001	Tauchgeräte: 92,6%;	1,45 Millionen DM
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%;	10,53 Millionen Euro
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%;	1,03 Millionen Euro
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %;	0,18 Millionen Euro
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%;	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5 % Formationsleuchten: 18,9 %	1,8 Millionen Euro

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2006, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien, 1999-2006



Anzahl	Bezeichnung	Waffen-kategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
9	MTU-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: http://www.sipri.org/contents/armstrad/at_db.html

2.2. Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Algerien 2003-2007, Mio. USD

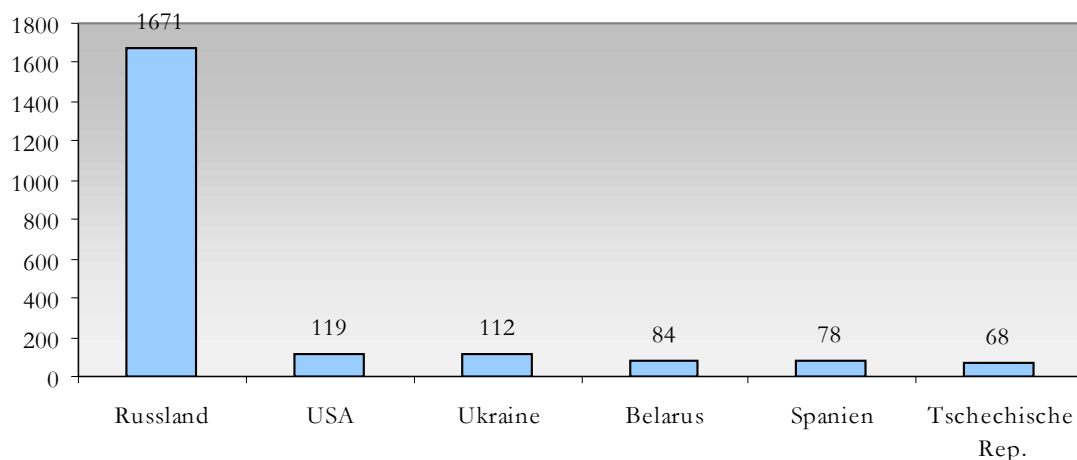
Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2003-2007
Summe	197	272	152	125	700	1.446

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr
Quelle: SIPRI Jahrbuch 2008

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Algerien 2003-2007, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Algerien lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Algerien 2001-2007, Mio. US



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar:

Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 war Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der algerischen Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte. In den letzten Jahren hat Algerien unter anderem Jagdbomber SU-24MK/Fencer-D aus Russland, Hubschrauber AS-355/555 aus Frankreich, Abfangjäger MiG-29 aus Belarus, Kampfpanzer T-72 aus der Tschechischen Republik und Schützenpanzer BMP-2 aus der Ukraine erhalten.

Algerien hat bereits in den 1980er Jahren versucht, von seiner einseitigen Abhängigkeit von östlichen Rüstungslieferanten loszukommen und interessierte sich deshalb zunehmend für teurere westliche Waffensysteme. Aus Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt konnten europäische Länder und die Vereinigten Staaten zwar keinesfalls die billigeren östlichen Zulieferer in ihrer Bedeutung ablösen. Trotzdem kamen eine Reihe von Verträgen mit westlichen Rüstungslieferanten vor allem aus Frankreich, Großbritannien oder den USA zustande. So erhielt die algerische Gendarmerie gepanzerte Fahrzeuge vom Typ *Panhard* vom einstigen kolonialen Gegner Frankreich. Das Heer wurde mit Milan-Panzerabwehrraketen aus deutsch-französischer Produktion ausgerüstet.

Nachdem Algerien in den 1980er Jahren von Großbritannien bereits zwei Panzerlandungsschiffe und mehrere Küstenwachboote erhielt, wurde 2000 bekannt, dass BAe Systems einige Versuche unternommen hat, Militärausrüstung im Wert von 5 Millionen britischen Pfund über Katar nach Algerien zu verschicken.

Aus den Vereinigten Staaten erhielt Algerien in den 1980er Jahren Transportflugzeuge *C-130 Hercules*. Zwischen 1990 und 2001 folgten weitere 16,5 Millionen USD an kommerziellen Verkäufen und 3 Millionen USD an Militärverkäufen (Foreign Military Sales). Besonders erwähnenswert ist die Lieferung von 6 hochmodernen *Beech 1900* Aufklärungsflugzeugen zwischen 2001 und 2002. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 haben die Vereinigten Staaten ihre bisherigen Bedenken bezüglich der miserablen Menschenrechtssituation im Land zurückgesetzt und unterstützen die algerischen Streitkräfte verstärkt mit anti-Guerrilla-Ausrüstung, darunter insbesondere mit Nachtsichtgeräten, für den Kampf gegen die islamistischen Rebellengruppen.

Laut Weltbank betragen die gesamten algerischen Rüstungsimporte im Jahr 2004 282 Millionen USD. Auch die Bundesrepublik Deutschland lieferte in den letzten Jahren nicht-tödliche Militärausrüstung nach Algerien. Im internationalen Vergleich ist die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen allerdings eher gering.

Quellen:

Weltbank, World Development Indicators 2006

Marie Colvin, „Britain plans Algerian arms deal despite ethical policy“, Times, 16 Juli, 2000

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress

Stephen R. Weisman, „U.S. to Sell Military Gear to Algeria to Help It Fight Militants“, The New-York Times, December 10, 2002

Giles Tremlett, „US arms Algeria for fight against Islamic terror“, The Guardian, 10 Dezember, 2002;

FAS Database;

Periscope;

Weltbank, World Development Indicators 2004;

2.3. Lokale Rüstungsindustrie

Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu können, ist Algerien nach wie vor auf den Import der meisten Waffensysteme angewiesen. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. In den letzten Jahren wurden dort insbesondere Küstenwachboote der *Kebir*-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die

Endfertigung von zwei *Djebel Chinoise* Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus ist allerdings nur noch die Lizenzherstellung von Militärlastwagen mit französischer Unterstützung erwähnenswert.

Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA Kontrollen ein. 1995 trat Algerien dem Atomwaffensperrvertrag bei.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress
Jaffee Center for Strategic Studies (JCSS), Middle East Military Balance 2002-03
„Algeria: Big Deal in the Desert?“ in Bulletin of the Atomic Scientists, 2001
Globaldefense; Periscope; www.globalsecurity.org

2.4. Streitkräftestruktur

Gesamtstärke der Streitkräfte:

ca. **147.000** Aktive; zusätzlich etwa **150.000** Reservisten

- Davon Heer (ANP): **127.000**
- Marine (ANN): ca. **6.000** (einschl. Küstenwache)
- Luftwaffe (QJA): **14.000**
- Wehrpflicht: 18 Monate (Heer)

Zusätzlich:

- Paramilitärische Einheiten: ca. **187.200**
- Davon Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): **20.000**
- Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): **16.000**
- Republikanische Garde: **1.200**
- Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: noch ca. **150.000**

Quelle:

IISS Military Balance 2008

Kommentar

Algerien verfügt über eine vergleichsweise große und gut ausgerüstete Armee unter dem Oberkommando des Präsidenten. Hervorgegangen aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren, bestanden die algerischen Streitkräfte ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerrillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter Veteranen des Unabhängigkeitskrieges gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische

Offiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet. Im Zuge eines Bürgerkrieges nach Ende des Kalten Krieges gegen islamistische Gruppierungen erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig.

Wieder einmal standen kleine, leichte Infanteriegruppen statt schwerer Kampfverbände im Vordergrund der auf Anti-Guerrillakriegsführung ausgerichteten taktischen Überlegungen. Übungen auf Bataillionsebene oder höher wurden kaum noch durchgeführt, die Wartung des schweren Gerätes häufig vernachlässigt. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Mehr als 10 Jahre Bürgerkrieg in Algerien haben neben den regulären Streitkräften einen ausgesprochen starken paramilitärischen Sicherheitsapparat geschaffen. Vor allem die Bewaffnung von teilweise bis zu 500.000 in kommunalen Milizen organisierter „Patrioten“ zur eigenständigen Bekämpfung der Islamisten hat im Laufe der 1990er Jahre nicht nur zu einer zunehmenden Militarisierung der algerischen Gesellschaft beigetragen, sondern gleichzeitig auch das staatliche Gewaltmonopol in nicht geringem Maße geschwächt. Nachdem sich der Bürgerkrieg 2003 seinem Ende näherte, hat Algerien jedoch damit angefangen, die Milizen wieder aufzulösen und zu entwaffnen. Die damit einhergehende Schaffung mehrerer hunderttausend Arbeitsloser wird allerdings den sich zuspitzenden sozialen Konflikt in Algerien vermutlich noch weiter verschärfen.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der *Federal Research Division of the Library of Congress*

Länderdossier „Algerien“ des *Institute for Security Studies (ISS)*, Pretoria

Periscope, Globaldefence, Strategy Page

Tabelle 5: Stärke der Streitkräfte, Trend 1998-2008

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2008
Aktive in 1.000 (IISS)	122,0	124,0	124,0	136,7	127,5	127,5	137,5	137,5	147,0
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	4,1	4,1	3,9	4,2	3,9	4,0	4,2	4,2	-
Prozent der nationalen Arbeitskraft (WB)		-	1,2	-	-	-	2,6	2,5	-

Quellen:

IISS Military Balance, 1998-2008

Weltbank, World Development Indicators 1999-2006

Kommentar:

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldaten. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Mann gesunken. Dieser Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren, trotz Beginn des

Bürgerkrieges, fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldaten. Seitdem ist allerdings wieder ein geringer Anstieg zu verzeichnen (siehe Tabelle 3).

Quelle: CSIS, The Military Balance in North Africa

2.5. Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

- Kampfpanzer: 920, davon 270 veraltete sowjetische T-54/-55 und 300 ebenfalls veraltete T-62, sowie 350 neuere T-72 in sehr guter Qualität (67 wurden 1998-9 aus der Ukraine geliefert; jüngste Lieferungen 2002-03 aus der Tschechischen Republik)
- Gepanzerte Fahrzeuge: ca. 2084, davon 90 BRDM-2 (seit 1980), 680 BMP-1 (seit 1981), 304 BMP-2, 100 BMP-3, 150 BTR-80 aus der ehemaligen Sowjetunion (150 BMP-2 wurden 1995 aus Russland geliefert, 54 1995-6 aus der Slowakei und weitere 64 1998-9 aus der Ukraine), 110 veraltete tschechische OT-62 und 150 OT-64 (151 davon aus ursprünglich tschechischer Produktion wurden 1994-5 aus der Slowakei geliefert), 100 *Fabd* ägyptischer Bauart (ca. 200 weitere *Fabd* wurden 1992-5 aus Ägypten an die algerische *Gendarmerie* geliefert).
- Artillerie (gezogen): 375 Geschütze, darunter vor allem russische D-30 (seit 1984), D-74 (seit 1966) und M-30 (seit 1983)
- Selbstfahrende Artillerie: 170 Geschütze russischer Bauart (2S1 seit 1977 und 2S3 seit 1966)
- Panzerabwehrgeschütze: 300, darunter 160 ZIS-2 aus der ehemaligen Sowjetunion, 80 russische D-44, 50 SU-100 (eingelagert) und 10 T-12;
- Flugabwehrgeschütze: 875, darunter 100 ZU-23 (seit 1986), 225 *Shilka* ZSU-23-4 (seit 1980), 100 M-1939 (seit 1986), 70 S-60 (seit 1974) und 150 KS-19 – alle aus russischer Produktion.
- Rückstoßfreie Geschütze: 180 ältere B-10 und B-11 aus der ehemaligen Sowjetunion
- Multiple Rocket Launcher (Mehrfach-Raketenwerfer): 144, darunter 18 russische *Smerch* 9A52 (1999 aus Russland geliefert)
- Mörser: 330, Typen M-37 und M-43 (seit 1978) aus ehemaligen Warschauer Pakt-Ländern
- Panzerabwehr-Lenk Waffen: russische AT-3 *Sagger* (einige davon auf BRDM-2), AT-4 *Spigot* (2.040 Stück 1995-6 aus Russland geliefert) und AT-5 *Spandrel* (auf BMP-2)
- Boden-Luft Raketen: russische SA-7 (seit 1978), SA-8 (seit 1986), SA-9 (seit 1980), SA-14, SA-16

Kommentar:

Traditionell war die Aufgabe des Heeres die Verteidigung und Überwachung der langen algerischen Landesgrenze zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien. Auf Grund der Spannungen mit Marokko wurde die Personalstärke der Landstreitkräfte in den späten 1970er Jahren fast verdoppelt. Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft. Mit rund 1.000 Kampfpanzern verfügt es zudem über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum nun zunehmend durch die Unterstützung der *Gendarmerie* und anderer paramilitärischen Kräfte im Kampf gegen die Islamistische

Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in der Wüste für eine derartige Kriegsführung benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandekapazitäten, genossen während dieser Zeit eine vorrangige Förderung. 1999 lieferten die Vereinigten Staaten ein komplettes C³I elektronisches Kampfführungssystem nach Algerien. Auch schwere Waffensysteme, zum Beispiel T-72 Kampfpanzer aus der Ukraine und der Tschechischen Republik wurden in den 1990er von Algerien angeschafft. In jüngster Zeit wird das Heer auch für den Nachtkampf ausgerüstet. Nachdem das Land bereits 2000 aus Katar und 2003 aus den Vereinigten Staaten größere Lieferungen von Nachtsichtbrillen erhielt, lieferte Deutschland 2003 zusätzlich Wärmebildgeräte nach Algerien.

Quellen:

IISS Military Balance 2003-08; Jane's Armour and Artillery 2002-03
SIPRI Jahrbuch 2003; CSIS, The Military Balance in North Africa
Jaffee Center for Strategic Studies (JCSS), Middle East Military Balance 2002-03
Globaldefence, Periscope

Marine:

- Unterseeboote: **2** Stück, *Kilo* Klasse, 1987 und 1988 aus der Sowjetunion geliefert
- Fregatten: **3** *Koni* Klasse sowjetischer Bauart (1980-4), neues Feuerleitsystem 2000 aus Russland geliefert, 16 Anti-U-Boot Torpedos 2000-3 aus Russland geliefert
- Korvetten: **6**, davon 3 sowjetischer Bauart (ehemals *Nanuchka* Klasse, 1980-2 geliefert; neue Radarsysteme 2000 aus Russland geliefert; bestückt mit russischen Anti-Schiffsraketen SS-N 25: 48 wurden 2000-3 geliefert) und 3 der *Diebel Chinoise* Klasse chinesischer Bauart (zwischen 1988 und 1995 geliefert; Endproduktion z.T. eigenständig; bestückt mit chinesischen Anti-Schiffsraketen C-802: 24 davon wurden 2000-2 geliefert).
- Raketenschnellboote: 11 *Osa II* aus der ehemaligen Sowjetunion (1976-81)
- Küstenwachboote: **13** *Kebir* Klasse, ursprünglich aus französisch-britischer Produktion, inzwischen auch Lizenzbauten aus Eigenproduktion
- Landungsschiffe: **3**, davon 2 aus britischer (1984) und 1 aus polnischer (1976) Produktion
- Unterstützungsschiffe: **3**, u.a. aus japanischer Produktion

Kommentar:

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren erheblich vergrößert und modernisiert, besonders durch die Beschaffung der zwei Unterseeboote und zwei Fregatten der *Koni* Klasse. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Mit der Neuorientierung des Militärs hin zur Niederschlagung interner Aufstände in den 1990er Jahren verlor die Marine allerdings an Bedeutung. Mit Ausnahme der Lieferung einer französischen Korvette 1995 gab es seit dieser Zeit keine größeren Beschaffungen. Mit russischer Hilfe wurde allerdings 2001 eine Rundumerneuerung der beiden Fregatten und einer Korvette durchgeführt.

Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart. Vor allem Frankreich und Großbritannien haben bereits in den 1980er Jahren Algeriens Marine mit Korvetten und Küstenwachbooten beliefert, sowie kleinere Technologietransfers in diesem Bereich ermöglicht.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress
Jaffee Center for Strategic Studies (JCSS), Middle East Military Balance 2002-03
SIPRI Jahrbuch 2003; IISS Military Balance 2003-08; Periscope

Luftwaffe:

- Jagdbomber: **34** russische Su-24M/MK (davon 22 1992 aus Russland **42** MiG-23F)
- Abfangjäger (alle aus russischer/sowjetischer Produktion): **40** MiG-25 (seit 1979), **34** MiG-23B/E (davon 18 aktiv; seit 1978), **48** veraltete MiG-21MF (seit 1970), **20+** neuere MiG-29C/UB (insgesamt 28 werden seit 1999 aus Belarus geliefert)
- Aufklärer: **8** russische MiG-25R (seit 1979) und **4** Su-24E (seit 1991), sowie **15** moderne *Beech* 1900D (2001-2 aus USA geliefert), **7** DHC-8 und **15** *Super King Air* B-200T US-amerikanischer Bauart (seit 1986)
- Tankflugzeuge: **6** Il-78M *Midas* russischer Bauart (2000-1 aus Russland geliefert)
- Transportflugzeuge: **17** US-amerikanische C-130H/-30 (seit 1981), sowie **9** russische Il-76MD/TD (seit 1994)
- VIP-Transport: **2** *Falcon* 900 aus französischer Produktion, **4** US-amerikanische *Gulfstream IV* (seit 1983), **3** niederländische Fokker F-27 (seit 1973)
- Ausbildungsflugzeuge: ca. **44** tschechische L-39C/Z *Albatros* (davon 24 zwischen 1996 und 2003 geliefert) und einige ebenfalls tschechische ZLIN-142 (seit 1990)
- Kampfhubschrauber: **33** ex-ukrainische Mi-24 (seit 2002; in Südafrika modernisiert), **30** Mi-8/17 (2002-3 aus Russland), **42** Mi-171 (2003 aus Russland)
- Transporthubschrauber: **34** russische Mi-8 (seit 1975), sowie **8** französische AS 355
- Luft-Luft Raketen: Aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion: AA-2, AA-6, AA-7 (ca. 100 Stück 1999 aus der Ukraine), AA-8, AA-10 (324 Stück 1999 aus Russland geliefert, weitere 42 1999 aus der Ukraine), AA-11 (189 1999 aus der Ukraine)
- Luft-Boden Raketen: AS-7, AS-10, AS-12, AS-14, AS-17
- Flugabwehrgeschütze: **725** 85mm, 100mm, 130mm
- Boden-Luft Raketen: ca. **140** russische SA-2, SA-3, SA-6, SA-8

Kommentar:

Die algerische Luftwaffe wurde 1962 gegründet und kurz nach den Zusammenstößen mit marokkanischen Streitkräften Mitte der 1970er Jahre erheblich erweitert. Die Ausbildung der Piloten wurde anfangs zum größten Teil in der Sowjetunion, später aber auch mit ägyptischer, pakistanischer und syrischer Hilfe durchgeführt. Nicht zuletzt wegen der Weiträumigkeit des häufig unwegsamen Landes ist es die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen.

Seit 2000 ist Modernisierung der Luftwaffe die wichtigste Aufgabe der algerischen Streitkräfte. Die größten Rüstungszukäufe der letzten Jahre waren daher für die Luftstreitkräfte bestimmt. So lieferten die Vereinigten Staaten zwischen 2001 und 2002 sechs hochmoderne *Beech* 1900 Aufklärungsflugzeuge nach Algerien. Dennoch bleibt auch in dieser Truppengattung Russland nach wie vor der wichtigste algerische Rüstungslieferant. So wurde in Russland kürzlich eine Kampfwertsteigerung der Su-24 Jagdbomber vorgenommen. 2003 lieferte Moskau zudem zu einem verhältnismäßig billigen Preis bewaffnete 30 Mi-171 Transporthubschrauber mit spezieller Ausrüstung für Nachteinsätze. Im Juni 2004 wurde bekannt, dass Algerien zu einem Stückpreis von 30 Millionen USD 50 russische Abfangjäger MiG-29MT bestellt hat – zusätzlich zu den 28 MiG-29, die seit 1999 aus Belarus geliefert werden. Zusätzlich könnte Algerien in der Zukunft die

direkte Rüstungskooperation mit Frankreich wieder aufnehmen, da französisches Verbot der Rüstungsgüterexporte nach Algerien außer Kraft gesetzt wurde.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress;
Jaffee Center for Strategic Studies (JCSS), Middle East Military Balance 2002-03;
IISS Military Balance 2003-04 und 2005-2008;
SIPRI Jahrbuch 2003;
CSIS, The Military Balance in North Africa; Periscope;

Peacekeeping:

Äthiopien/Eritrea

8 Beobachter (UNMEE)

2 Beobachter (AU/OLMEE)

Sudan

13 Beobachter (AU/AUMIS)

Quelle: IISS Military Balance 2008

2.6. Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire: ANP) konstruiert ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegerkultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasoren hat. Zuletzt erhoben sich die Algerier 1954 gegen die mehr als hundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen und blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Ganz im Geiste von Frantz Fanon verstand sich die ANP als Befreiungsarmee des ganzen algerischen Volkes gegen fremde Unterdrückung und Kolonisation. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich – um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten – soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offizier- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offiziere weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierkorps rituell zu betonen. Um dieses Gleichheitsprinzip symbolisch darzustellen, gab es beispielsweise bis 1984 keine Generalsränge in den algerischen Streitkräften. Der höchste Dienstgrad war „Oberst“.

Dennoch bleibt die ANP bis heute die am Besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen auch eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen

der zivilen und der militärischen Führung, der schließlich 1965 in einen Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene mündete. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflußnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach Außen hin propagiert. Zum Beispiel trat Präsident Boumediene niemals in der Öffentlichkeit in einer Militäruniform auf, um zumindest ostentativ den Eindruck eines zivilen staatlichen Primats zu wahren. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiter entwickelt. So wurde nach Boumediene's Tod 1978 Oberst Chadli Benjedid sein in direkter Wahl vom algerischen Volk bestätigter Nachfolger. Allerdings büßte die ANP auch unter Benjedid keinesfalls ihre besondere Machtstellung ein. Während soziale Unruhen Ende der 1980er Jahre immer wieder unter exzessiver Gewaltnwendung niedergeschlagen wurden, waren es die Generäle, die hinter den Kulissen die politischen Entscheidungsprozesse dominierten und maßgeblich mitbestimmten. Zu dieser Zeit verlor das Militär seinen durch den Befreiungskrieg ehemals populären Rückhalt im Volk verlor.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der *Front Islamique du Salut* (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluß der Streitkräfte noch weiter anstieg. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika war nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren nichts weiter als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2004 wurde Bouteflika mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Militärführung hatte zwar vorher öffentlich verkündet, sie hätte keinen bevorzugten Kandidaten und stünde der Wahl politisch neutral gegenüber. Es ist allerdings kaum damit zu rechnen, dass es seit 1999 wesentliche Veränderungen bezüglich der politischen Rolle der Streitkräfte gegeben hat.

Auch die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress

Karl Grobe, „Unheimliche Machtfaktoren - Noch immer ziehen die Militärs die Fäden in Algerien“, Frankfurter Rundschau, 15. Mai 2003

„Algerien im Griff des Militärs“, netzeitung.de, 26.06.01

US Department of State, Menschenrechtsbericht; ISS Dossier; Globaldefence; Strategy Page

3. INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Algerien

3.1.1. Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Zentrale Abrüstungsabkommen

Kurzname des Abkommens	Status Algerien	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1925	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterschrieben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2008
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Vertrag über atomwaffenfreie Zone in Afrika (Pelindaba Vertrag) von 1996	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Umfassender Teststoppvertrag von 1996	2003 beigetreten	http://www.ctbto.org
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1997	Beigetreten	http://www.icbl.org

Kommentar:

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, zuletzt dem umfassenden Atomwaffen-Teststoppvertrag und der Anti-Personenminen-Konvention. In Bezug zu Letzterem weist der *Landmine Monitor Report 2006* auf einige bestehende Probleme hin:

Algeria completed its stockpile destruction on 21 November 2005. A total of 150,050 antipersonnel mines of 10 different types were destroyed in 12 destruction events over the course of a year. Algeria served as co-chair of the Standing Committee on Mine Clearance, Mine Risk Education and Mine Action Technologies from December 2004 until December 2005. From November 2004 to 31 March 2006, the army discovered and destroyed 190,858 emplaced antipersonnel mines (six percent of the three million-plus mines on Algeria's eastern and western borders). Algeria also destroyed 10,996 antipersonnel mines laid by its army during the struggle with insurgent groups in the 1990s. In May 2006, the government and UN Development Programme negotiated a cooperation agreement on mine action. There was a significant increase in casualties from mines, unexploded ordnance and victim-activated improvised explosive devices in 2005, with at least 15 people killed and 36 injured.

Quelle: <http://www.icbl.org/lm/country/algeria/>

3.1.2. Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Völkermord-Konvention von 1948	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2008
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1977	Beigetreten	Http://www.icrc.org/ihl
Konvention zu den Rechten von Kindern von 1989	Beigetreten	http://untreaty.un.org
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 1998	Beigetreten	Http://www.un.org/law/icc/
Anti-Korruptions-Konvention von 2003	2003 unterzeichnet, 2004 ratifiziert	UN untreaty.un.org

3.2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1. Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom 18. Dezember 1979	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW von 1999	Nicht beigetreten	UN untreaty.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie von 2000	Nicht beigetreten	UN untreaty.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten von 2000	Nicht beigetreten	UN untreaty.un.org

3.2.2. Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Algerien, 2006 (2008)

The following human rights problems were reported:

- failure to account for past disappearances of persons
- allegations of abuse and torture of detainees
- impunity
- arbitrary arrest and prolonged pretrial detention
- lack of judicial independence
- denial of fair and expeditious trials
- restrictions on civil liberties--freedoms of speech, press, assembly, association, and movement

- limitations on freedom of religion
- corruption and lack of government transparency
- discrimination against women and minorities
- restrictions on workers' rights

Despite these problems following over a decade of civil strife and terrorism, the government took several important steps to strengthen human rights. There was a significant further reduction in reported abuses and use of torture by the security forces. A new code of police conduct reduced the number of arbitrary arrests. Government actions contributed to a reduction in the number of terrorism-related civilian deaths. The government launched a widespread crackdown on corruption, sentencing officials to prison; however, corruption remained a serious problem. Revisions to the Family Code and Nationality Code substantially strengthened equal rights protections for women. The government took significant steps during the year to defuse tensions with the Kabylie and address social and economic concerns of regional leaders. An accord reached between the government and the Arouch (Berber citizen) Movement led to special regional elections in November that addressed under representation of Kabylie interests in regional and municipal assemblies.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2006, (<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61685.htm>, bis 2008 nicht aktualisiert.

3.2.3. Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2008

Continuing political violence across the country left at least 491 people dead, an increase over 2006. Many were killed in bomb attacks for which a group calling itself al-Qa'ida Organization in the Islamic Maghreb claimed responsibility. People suspected of links with terrorism were held incommunicado and in secret and were at risk of torture and other ill-treatment. Several terrorism suspects returned to Algeria by other states were sentenced to jail terms after proceedings which did not conform to international standards. Human rights defenders and journalists were harassed. The government took encouraging steps towards addressing violence against women and abolishing the death penalty, but did nothing to break the shield of impunity protecting members of armed groups and government security forces who committed gross human rights abuses during the internal conflict of the 1990s.

Quelle: Jahresbericht 2008 von amnesty international
<http://thereport.amnesty.org/eng/regions/middle-east-and-north-africa/algeria>

3.2.4. Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House (2008)

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 5
- Politische Rechte: 6
- Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht wird.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2008):

Algeria suffered an upsurge in violence in 2007, including suicide bombings that targeted government and foreign interests. President Abdelaziz Bouteflika was ill for much of the year, prompting rumors that he would be sidelined, but by year's end he had reasserted leadership. His recovery also revived expectations that he would push for a constitutional amendment allowing a third presidential term. The ruling National Liberation Front (FLN) lost ground in parliamentary elections in May, though it retained a majority with the help of allied parties.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2008&country=7338>

Kommentar

Algerien ist den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Obwohl Menschenrechtsverletzungen mit dem Rückgang der Kampfhandlungen im Inland abgenommen haben, bestehen einige gravierende Probleme jedoch fort. Den Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen zufolge werden willkürliche Festnahmen, schlechte Haftbedingungen, Folter, unverhältnismäßige Gewaltanwendung und außergerichtliche Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte weiterhin aus Algerien vermeldet. *Amnesty International* berichtet darüber hinaus von einigen Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Ein großes Problem ist auch die Aufklärung des Schicksals der während des Bürgerkriegs verschwundenen Personen, die vom Staat zum Teil behindert wird.

3.3. Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtiges Amtes (Stand: Nov. 2008):

Nach der Verfassung von 1996 ist Algerien eine parlamentarische Demokratie, die auf den Säulen von Arabität, Islam und Berberität beruht. Der Präsident wird für maximal zwei Amtszeiten von je fünf Jahren direkt gewählt.

Neben der nach Verhältniswahlrecht (mit Fünfprozent-Klausel) gewählten Nationalversammlung (Assemblée Populaire Nationale) besteht eine zweite Kammer (Conseil de la Nation oder Sénat), deren Mitglieder zu einem Drittel vom Präsidenten bestimmt und zu zwei Dritteln von den Gemeindevertretern gewählt werden. Der Senatspräsident vertritt den Staatspräsidenten.

Der Verwaltungsaufbau des Landes ist zentralistisch. Das Land ist in 48 Regierungsbezirke, "Wilayate", untergliedert, denen jeweils ein Wali (Gouverneur) vorsteht. Dieser wird vom Präsidenten ernannt und ist dem Innenministerium in Algier unterstellt.

Präsident Bouteflika verfügt im innenpolitischen Gefüge über eine sehr gefestigte Position. Auch die Gewerkschaften, welche eine wichtige Rolle innehaben, unterstützen ihn. Das Militär, seit der algerischen Unabhängigkeit bestimmende Kraft im Land, zieht sich schrittweise aus der Politik zurück.

Aktuell wird eine Verfassungsänderung diskutiert, die die Rolle des Präsidenten weiter stärken und ihm ein drittes Mandat ermöglichen könnte.

Bei den Parlamentswahlen im Mai 2007 verlor die frühere Einheitspartei Front de Libération Nationale (FLN) ihre bisherige absolute Mehrheit, blieb aber stärkste Partei. Gemeinsam mit ihren bisherigen Partnern in der Regierungskoalition, der FLN-nahen Sammlungsbewegung RND des derzeitigen Regierungschefs Ouyahia und der gemäßigt-islamistischen MSP stellt sie weiterhin die Parlamentsmehrheit. Die Mehrzahl der Minister der sogenannten "Präsidentenallianz" wurden nach der Parlamentswahl von Präsident Bouteflika in ihrem Amt bestätigt. Regierungschef Belkhadem (FLN) wurde am 23.06.2008 von seinem Vorgänger im Amt, Ahmed Ouyahia, abgelöst.

Im Frühjahr 2009 stehen Präsidentschaftswahlen an..

Im Justizwesen, Bildungssystem sowie bei der Umwandlung der staatlich dominierten Wirtschaft zur Marktwirtschaft sind weit reichende Reformen geplant und teilweise angeschoben.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Algerien/Innenpolitik.html>

Kommentar

In den letzten Präsidentschaftswahlen im April 2004 wurde Abdelaziz Bouteflika mit 83 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Einerseits ist Bouteflika bei vielen Algeriern ausgesprochen beliebt, da ihm der deutliche Rückgang der seit mehr als zehn Jahren andauernden Gewaltwelle im Land zugute gerechnet wird. Andererseits ist es gerade dieser Erdrutschsieg, der auch Grund zu durchaus berechtigten Zweifeln bereitet. Wie die Süddeutsche Zeitung schreibt: „Ein Sieg mit Ostblock-Prozentzahlen passt nicht zu einem aufblühenden Pluralismus.“ So warfen die Oppositionskandidaten Bouteflika dann auch bereits am Vorabend der Abstimmung Wahlmanipulation vor, konnten diese Vorwürfe jedoch nicht belegen. Bouteflika selbst plant inzwischen eine Verfassungsreform, welche die Machtstellung des Präsidenten erheblich stärken soll, u.a. durch die Abschaffung des Premierminister-Amtes.

Quellen:

Rudolph Chimelli, „Schaler Sieg“, Süddeutsche Zeitung, 10. April 2004

„Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe“, Frankfurter Rundschau, 10. April 2004

Korruptionsindex von Transparency International Corruption Perceptions Index (2008):

Im Jahresbericht zur Korruption von Transparency International, in dem 180 Staaten untersucht wurden, lag Algerien auf Platz 92 zusammen mit Bosnien-Herzegowina, Lesotho und Sri Lanka; zum Vergleich: Deutschland lag auf Platz 14.

Kommentar

Korruption stellt ein großes Problem in der algerischen Politik dar. So hat zum Beispiel das Erdbeben vom Mai 2003 die potentiell katastrophalen Folgen von Korruption im Bausektor auf tragische Weise verdeutlicht. Mangelnde Einhaltung von Bauvorschriften war ein wesentlicher Grund für die mehr als 2.300 Todesopfer des Erdbebens.

Quelle: Djilali Hadjadj, Länderbericht „Algeria“ in Transparency International, Global Corruption Report 2004

Spannungen und offene innere Konflikte:

Der Islamistenaufrüstung

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalisten und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre. Nach einer blutigen Auseinandersetzung an der Universität von Algiers im November 1982 wurden Islamistengruppen gezielt vom Staat verfolgt. Viele Imame und Intellektuelle, denen fundamentalistisches Gedankengut nachgesagt wurde, landeten im Gefängnis. Dennoch erfuhren die Islamisten im Laufe der 1980er Jahre einen steigenden Rückhalt in der algerischen Bevölkerung. Die Hauptursache war wohl die wachsende Enttäuschung mit der korrupten staatlichen Wirtschaftspolitik und die damit einhergehenden ökonomischen und sozialen Probleme.

1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstranten fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte Präsident Benjedid aber auch politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die Islamistenpartei *Front Islamique du Salut* (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der Arbeiterklasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte den Ausnahmezustand. Die Islamisten reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich manchmal über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilisten, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen. Mit Berichten über immer neue Greuelthaten, die von Islamistengruppen gegenüber Zivilisten verübt wurden, verloren die Guerrillaverbände aber gegen Ende der 1990er Jahre ihre einstige Unterstützung in der algerischen Bevölkerung, was wiederum erheblich ihre Schlagkraft beeinträchtigte. Im September 1997 entspannte sich der Bürgerkrieg etwas, als der bewaffnete Arm der FIS, die Islamische Armee des Heils (AIS), die Einstellung von Kampfhandlungen verkündete. Andere militante Islamistengruppen, allen voran die *Groupe Islamique Armee* (GIA) und die *Groupe salafiste pour la prédication et le combat* (GSPC), setzten indes ihren Kampf fort.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebellen verkündete, nahm die Gewalt am Anfang des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfern nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben immer noch ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilisten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später als eine Gruppe von ausländischen Touristen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebellen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. Während die Zahl der Todesopfer im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich immer weiter abnimmt, hatte das algerische Militär im Sommer 2004 noch etwa 10.000 Soldaten im östlichen Algerien im Einsatz, um nach versprengten Überresten der

Islamistengruppen zu suchen. Im Juli 2004 soll der Anführer der GSPC, Nabil Sahraoui, getötet worden sein. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft; seitdem haben über 400 Guerilla-Kämpfer unter ihren Bedingungen die Waffen niedergelegt.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress
Globaldefense; ISS, Dossier Algerien; Periscope 1998; Amnesty International 2004; Strategy Page
Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung: Konfliktbarometer 2002 und 2003;
J. Hehn und A.B. Lahouari, „Armee tötet Anführer der extremistischen Salafistischen Gruppe“, in: Die Welt, 22. Juni 2004
Hanns Seidel-Stiftung, Monatsbericht 2005 zu Maghreb-Ländern, online unter
<http://www.hss.de/downloads/MaghrebAlgerienSeptember2005.pdf> (Stand: Februar 2006);

Der Berberaufstand

Obwohl die große Mehrheit der Algerier ihren ethnischen Ursprung im Berbervolk hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit der Berberkultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier verstehen sich als Araber und stellen als solche die sowohl kulturell als auch politisch dominante Gruppe dar.

Parallel zu dem inzwischen abklingenden Bürgerkrieg gegen Islamistengruppen existiert ein zweiter innerer Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Berber gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten. Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Berbern schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebten die kulturellen Spannungen niemals ganz ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation dann erneut, nachdem ein junger Berber von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich hingerichtet wurde. 2002 erklärte das Parlament die Berbersprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Berber gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Berber inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei, zuletzt im Februar 2007, läßt auf Existenz einer bewaffneten Berbergruppierung in der Region schließen.

Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2004 gebessert. In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress
Globaldefense; ISS Dossier „Algeria“; Auswärtiges Amt; Human Rights Watch
Konfliktbarometer 2002; Strategy Page; CIA Factbook
Länder- und Reiseinformationen des Auswärtiges Amtes

Soziale Unruhen

Die Unzufriedenheit der Berber mit der korrupten staatlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik droht sich auf die gesamte algerische Gesellschaft auszuweiten. Dies wurde besonders während der öffentlichen Proteste im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im April 2004 deutlich. Die Arbeitslosigkeit beträgt landesweit ca. 25 Prozent. Es fehlen 2 Millionen Wohnungen. Der Journalist Lakhdar Benchiba sieht hier eine „soziale Zeitbombe, die jederzeit hochgehen kann.“

Mit der graduellen Verarmung der Gesellschaft geht auch ihre fortschreitende Kriminalisierung einher. Insbesondere der Süden Algeriens wird inzwischen von bewaffneten Banditenbanden destabilisiert.

Quellen:

Amnesty, 2004; Strategy Page; CIA Factbook

Axel Veiel, „Nach dem Fanatismus schürt jetzt Armut die Gewalt“, Frankfurter Rundschau, 27. Oktober 2000

3.4. Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

3.4.1. Geographische Lage, politische Situation und Grenzprobleme in der Region

Geographische Lage

Mit 2.381.741 Quadratkilometern ist Algerien ist das zweitgrößte Land Afrikas nach dem Sudan. Mehr als vier Fünftel des Territoriums besteht allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko, im Süden an Mali und den Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Quelle: CIA Factbook

Politische Situation in der Region

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. Der Konflikt zwischen den beiden Staaten wird insbesondere durch die algerische Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. So war Algerien in der Vergangenheit einer der wichtigsten Waffenlieferanten für die Polisario Befreiungsfront. Die Situation eskalierte kurzzeitig 1976, als es zu direkten Zusammenstößen zwischen algerischen und marokkanischen Truppen in der Westsahara kam. Der Konflikt entspannte sich erst im Rahmen der Verhandlungen um die Schaffung einer gemeinsamen Maghreb-Union im nördlichen Afrika Ende der 1980er Jahre. Wohl auch um die vermutete marokkanische Unterstützung der algerischen Islamistengruppen zu beenden, war Algerien zunehmend um eine Normalisierung des Verhältnisses zu Marokko bemüht. 1988 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen

Maghreb (UMA) bis auf den heutigen Tag weitgehend paralytiert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien bleibt geschlossen.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist sehr viel weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen. Zeitgleich wurde ein über zwanzig Jahre andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt. Als kleines, verwundbares Land legt Tunesien großen Wert auf ein strategisches Bündnis mit seinem großen algerischen Nachbarn, um sich vor möglichen libyschen Hegemonialansprüchen in der Region zu schützen.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit gut und freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte in den 1970er Jahren auch Libyen die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm allerdings nach dem gemeinsamen Beitritt zu Union des Arabischen Maghreb wieder ab, und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Libyen plant anscheinend, bis zu 500 Millionen USD in Algerien zu investieren.

Es gibt allerdings noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Arabische Maghreb Union (*Union du Maghreb Arabe*: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltet beispielsweise bereits der UMA Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. Mit Ausnahme von Libyen fehlte auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt wurde ein geplanter Gipfel in Algerien im Dezember 2003 auf unbestimmte Zeit verschoben.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauritien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Trotz seiner geographischen Entfernung zur Region identifiziert sich Algerien offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress
CIA Factbook; Periscope, 1998; ISS Dossier „Algeria“ und „AMU“; Globaldefence
Auswärtiges Amt

Kommentar

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellen nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldaten als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als sowohl Algerien als auch Marokko, dafür aber über sehr viel weniger Soldaten.

3.5. Bedrohung von Alliierten

3.5.1. Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terroristen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen GSPC. Eventuelle Ankündigungen der US-Armee, in Algerien einen festen amerikanischen Militärstützpunkt zu errichten, um bei der Ausbildung des algerischen Militärs zu helfen, wurden von Algerien zuletzt im Februar 2007 zurückgewiesen.

Im Rahmen der sogenannten Pan Sahel Initiative (PSI) sind amerikanische Spezialeinheiten schon seit längerem in Mauritien, Niger, Mali und Tschad stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror Kampf auszubilden.

Quellen:

„USA bestätigen Militäraktivitäten in Algerien“, NZZ Online, 6. März 2004,
„USA bekämpfen Terror in Algerien“, DPA, 11. Juli 2004; Strategy Page

3.5.2. Gefahr von Technologiepiraterie

Der im Mai 2005 von *Business Software Alliance* veröffentlichten *Global Software Piracy Study* zufolge weist Algerien nach Tunesien die zweithöchste Rate von Software-Raubkopien im gesamten Nahen und Mittleren Osten auf. 2004 waren in Algerien ca. 83 Prozent der verwendeten Software im Wert von etwa 67 Millionen Dollar illegal.

Quelle: Global Software Piracy Study 2005

3.6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1. Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1970	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1973	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1979	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1980	Beigetreten	www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprenstoff von 1991	Beigetreten	http://www.icao.int/icao/en/leb/MEX.pdf
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 1977	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 1999	Beigetreten	UN untreaty.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2005	Nicht beigetreten	UN untreaty.un.org

Kommentar:

Die außenpolitische Position Algeriens in der internationalen Gemeinschaft wurde zur Zeit des Kalten Krieges vor allem durch die sozialistisch geprägte Ideologie und die damit verbundene Nähe zur Sowjetunion definiert. Als Algerien 1963 die DDR anerkannte, brach die Bundesrepublik gemäß der Hallstein-Doktrin alle diplomatischen Beziehungen ab. Während der 1970er Jahre machte sich Algerien dann vor allem durch die Unterstützung anti-imperialistischer und gewaltbereiter Gruppierungen, wie zum Beispiel die Rote Brigade in Italien oder die Rote Armee Fraktion in Deutschland, im Westen unbeliebt. Allerdings rückten ideologische Motive bereits in den frühen 1980er Jahren immer mehr in den Hintergrund algerischer Außenpolitik und wurden durch eine eher pragmatische Wahrnehmung von Sicherheitsinteressen ersetzt. Hierzu gehörte vor allem auch eine Annäherung an den Westen.

Vereinigte Staaten

1982 nahmen die Vereinigten Staaten Algerien in das *International Military Education and Training Program* (IMET) des Pentagon auf – wohl nicht zuletzt, um das Land von seiner bis dahin engen militärischen Kooperation mit der Sowjetunion zu lösen und den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Obwohl die algerische Regierung auf Druck der Öffentlichkeit 1990/91 den amerikanischen Waffengang gegen das vom Irak besetzte Kuwait heftig kritisierte, nahmen die Beziehungen beider Staaten keinen ernsthaften Schaden. Ein Grund hierfür ist auch der Militärputsch von 1992, der den demokratischen Wahlsieg einer islamischen Partei verhinderte und einen mehr als zehnjährigen Bürgerkrieg auslöste. Der von den algerischen Militärs fortan proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente, wie der Politikwissenschaftler Werner Ruf schreibt, „nicht nur alte Klischees und anti-islamische Vorurteile in Europa und den Vereinigten Staaten, er verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen.“ (Inamo:35) Alleine zwischen 1998 und 2000 investierten amerikanische Firmen rund vier Milliarden US-Dollar in Algerien.

Es ist also kaum überraschend, dass die amerikanisch-algerischen Beziehungen nach den Anschlägen des 11. September 2001 einen gewaltigen Aufschwung erlebten. Insbesondere das durch Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkrieg stark angeschlagene Ansehen des algerischen Militärs wurde erheblich aufgewertet. Als im Oktober 2003 Informationen über eine angebliche Allianz zwischen der GSPC und al-Qaeda bekannt wurden, bekräftigten die Vereinigten Staaten sowie einige europäische Länder öffentlich ihre Unterstützung für die algerische Strategie der „Terrorismusbekämpfung“. Dadurch ebneten sie nicht nur den Weg für eine Zunahme der Waffenlieferungen nach Algerien, sondern auch für eine verstärkte militärische Zusammenarbeit. Bereits im Januar 2002 führten die Vereinigten Staaten und Algerien gemeinsame Manöver durch und bildeten eine bilaterale Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung mutmaßlicher islamischer Terroristen. Während gleichzeitig die Ausbildung algerischer Offiziere in US-Stützpunkten intensiviert wurde, sah das Budget des Pentagon 2003 zusätzliche 700.000 Dollar vor, um das IMET-Programm auszuweiten.

Frankreich und Europa

Trotz seines Status als ehemaliger Kolonialherr und erbitterter Gegner im achjährigen Unabhängigkeitskrieg unterhält Algerien verhältnismäßig enge Beziehungen zu Frankreich. Dies hat weniger politische als vielmehr kulturelle und wirtschaftliche Gründe. Französisch ist nach Arabisch die zweite Landessprache. Ca. 20 Prozent aller algerischen Exporte und Importe kamen aus oder waren für Frankreich bestimmt. Der 1999 gewählte Präsident Bouteflika ist ganz besonders um ein gutes Verhältnis bemüht. Erstmals in der algerischen Geschichte nahm er 2002 am Gipfel der frankophonen Staatsoberhäupter in Beirut teil. Der Besuch von Präsident Chirac in Algiers im März 2003 war im Gegenzug der erste offizielle Besuch eines französischen Staatsoberhäupters seit 41 Jahren.

Die Beziehungen zur Europäischen Union bleiben jedoch insgesamt durchdrungen von einigen Misstönen, werden im Europäischen Parlament doch immer wieder Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in Algerien laut. Dennoch wurde im April 2002 ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Valencia unterzeichnet.

In den Jahren 2004 und 2005 hatte Algerien einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne.

Quellen:

Länderstudie „Algerien“ der Federal Research Division of the Library of Congress;
Werner Ruf, „Algiers – Washington“, Inamo Nr. 35 auf www.inamo.de ;
Jochen Hehn und A.B. Lahouari, „Jacques Chirac strebt die Versöhnung mit Algerien an“, Die Welt, 1. März 2003;
Roula Khalaf, „Algeria reaps rewards of anti-terrorist war“, Financial Times, January 14, 2002;
Axel Veiel, „Ironie der Geschichte: Algeriens Hardliner begrüßen die Koalition gegen den Terror“, Stuttgarter Zeitung, 13. Oktober 2001;
Periscope, 1998; CIA World Factbook; Globaldefence; Amnesty 2004; Strategy Page;
Auswärtiges Amt
www.un.org

3.6.2. Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status Algerien	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2000	2002 beigetreten	UN untreaty.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2000)	2004 beigetreten	UN untreaty.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2000)	2004 beigetreten	UN untreaty.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2001)	2004 beigetreten	UN untreaty.un.org

Kommentar:

Algerien wird im *International Crime Threat Assessment 2000* der US-Behörden nicht als ein von internationaler Kriminalität besonders betroffenes Land erwähnt. Die Regierung geht hart gegen illegalen Drogenhandel vor, soweit bekannt gibt es in Algerien aber keine verbotene Drogenproduktion, die von internationaler Bedeutung wäre. Allenfalls ist Algerien möglicherweise ein wichtiges Transitland für den marokkanischen Cannabishandel nach Europa.

2004 ist Algerien dem Zusatzprotokoll zur Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität zur Unterdrückung des Menschenhandels beigetreten. Im gleichen Jahr gab es einige Medienberichte, nach denen Frauen und junge Mädchen entführt und zur Prostitution gezwungen wurden. Beispielsweise versklavte anscheinend ein Ring pakistanischer Zuhälter malische Frauen in der südalgerischen Stadt Tamanrasset. Illegale Immigranten benutzen Algerien als Transitland auf dem Weg nach Europa. Einige von ihnen werden wahrscheinlich während ihres Aufenthaltes in Algerien zur Prostitution benötigt.

Quellen:

US Government Interagency Working Group: *International Crime Threat Assessment 2000*

Länderbericht „Algeria“ der United Nations Office on Drugs and Crime: www.unodc.org

US State Department: Menschenrechtsbericht Algerien

3.7. Unerlaubte Wiederausfuhr

Aus Algerien sind keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

3.8. Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Wirtschaftslage Algeriens laut Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Stand: Nov. 2008):

Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas. Der Erlös aus dem Energieexport steht für rund 98,5 Prozent der Deviseneinnahmen, über 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und rund 75 Prozent der Staatseinnahmen.

Dank des hohen Ölpreises verzeichnet Algerien seit Jahren sehr gute makroökonomische Daten. Die Wachstumsrate des Landes lag nach der Jahrtausendwende mehrere Jahre bei über fünf Prozent. Wie 2006 konnte Algerien auch 2007 mit rund drei Prozent nicht an die hohen Wachstumsraten der Vorjahre anknüpfen.

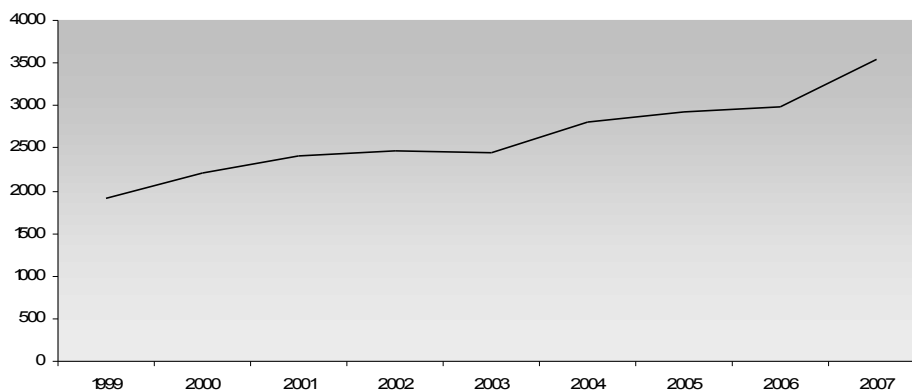
Im Juni 2008 verfügte das Land über Devisenreserven in Höhe von etwa 133 Mrd. US-Dollar. Durch konsequente vorzeitige Rückzahlung gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs konnte die Auslandsverschuldung Ende Juni 2008 auf ca. 623 Mio. US-Dollar reduziert werden. Im August und November 2006 wurden entsprechende Abkommen auch mit Deutschland unterzeichnet.

Die Inflation lag 2007 bei 3,5 Prozent. Für 2008 wird eine Inflationsrate von 4,3 Prozent erwartet. Die OECD hat im April 2005 die Risikokategorie für Algerien von 4 auf 3 verbessert.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Algerien/Wirtschaft.html>

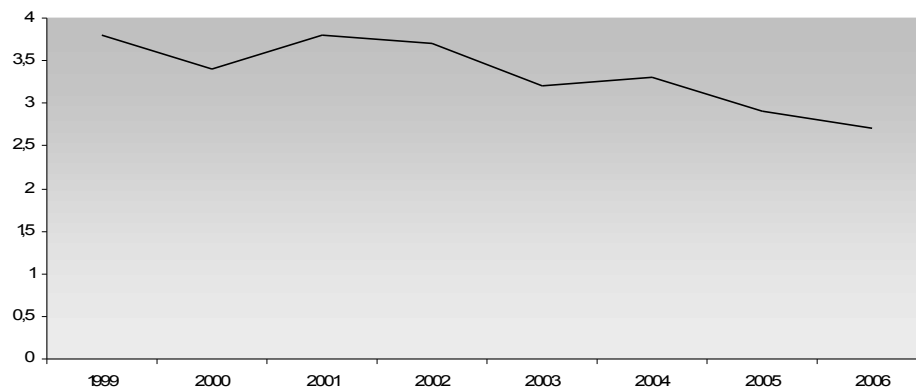
Belastung durch Rüstungsimpporte und Militärausgaben

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 1999 – 2007 in Mio. USD

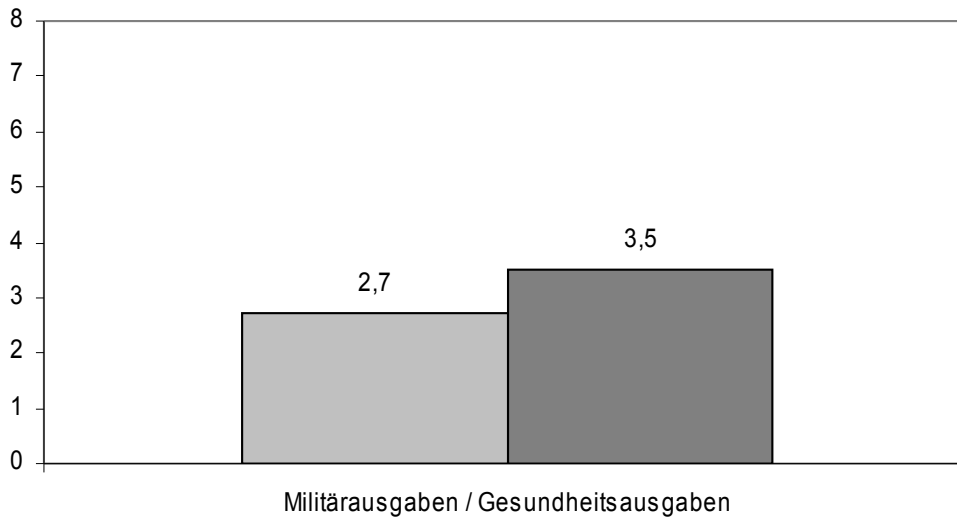


Angaben in konstanten Preisen 1998-2007

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2008

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 1999 – 2006 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Jahrbuch 2008

Schaubild 5: Vergleich Anteile Militärausgaben und Gesundheitsausgaben am algerischen BIP/GDP in Prozent

Quellen:

SIPRI Jahrbuch 2008 (Militärausgaben)

WHO, The World Health Report 2007 (Gesundheitsausgaben)